

NIEDERSCHRIFT

über die 2. Sitzung (Sondersitzung) des Ausschusses f. Umwelt, Landschaftspflege und Energie

vom:	08.12.1999
von:	16.00 Uhr
bis:	19.00 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie:

Stv Strunk, Christine - als Vorsitzende -
AM Bäbler, Walter
AM Dehmel, Michael
Stv Fries, Traute - bis 18.40 Uhr -
Stv Gierlich, Michael
AM Kessler, Silvia
AM Mengel, Walter - für AM Hecker, Heribert -
Stv Müller, Manfred
Stv Schiemer, Hansgeorg
AM Schlabach, Alfred - für Stv Daus, Anny -
Stv Steuber, Burkhard
AM Dr. Volz, Peter
AM Watermeier, Franz

II. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Schmidt - Büro für Freiraumplanung, zu TOP 4 -

III. Als Zuhörer:

AM Daub, Dietmar - bis 18.40 Uhr -
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Walter, Klaus-Volker - ab 16.30 Uhr -

IV. Von der Verwaltung:

StBR Brune
Städt. BD Bonstein
StOAR Scholze - bis TOP 3 -
Dipl.-Ing. Rohr - bis TOP 4 -
Städt. VR Dr. Kraft - bis TOP 2 -

VA Herter
StOI Kreutz - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Daus, Anny
AM Hecker, Heribert

Zur Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um die Be-ratung der Vorlage 153/99 sowie der weiteren Vorgehensweise hinsichtlich der An-regung bzw. des Bürgerantrages zur Umgestaltung von Stadtplätzen zu ergänzen. Im nichtöffentlichen Teil wird sie um die Behandlung der Vorlage 182/99 erweitert.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dehmel bestimmt.

2. AfJULE 14.12.1999

2. Straßenreinigung in der Stadt Siegen

I. Straßenreinigungskonzept

II. Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhe-bung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Ge-bührensatzung) vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungs-satzung vom 21.12.1998; hier: 6. Änderungssatzung

Vorlagenr. 51/99 - Vorlage vom 09.11.1999

Die CDU-Fraktion legt einen schriftlichen Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag der Verwaltung vor.

Auf Antrag der SPD-Fraktion wird die Sitzung von 16.15 bis 16.30 Uhr unterbrochen.

Herr Watermeier erklärt, er habe erhebliche Bedenken gegenüber dem dargestell-ten Konzept. Notwendigkeit, Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit der Reinigung seien nicht ausreichend analysiert worden. Angesichts der angespannten Haus-haltslage seien die mit der angestrebten Erweiterung der Straßenreinigung verbun-denen Kosten nicht vertretbar.

Zudem sei die Gebührenumlegung nicht gerecht. Nur ein Fünftel der Straßen im Stadtgebiet werde gereinigt. Folglich würden nur die Anlieger dieser Straßen zur Gebührenentrichtung und damit zur Finanzierung des umgelegten städtischen Ei-genanteils herangezogen.

Die UWG-Fraktion stimme dem Konzept daher nicht zu.

Herr Schiemer bewertet die vorgeschlagene Gebührenerhöhung als zu gravierend. Die Notwendigkeit einer Abkehr vom im vergangenen Jahr gefassten Ratsbe-schluss, bei der Gebührenkalkulation die Ergänzungslängen in Abzug zu bringen, sei nicht erkennbar.

Das präsentierte Straßenreinigungskonzept enthalte durchaus positive Aspekte. So plädiere er für die Umsetzung der 1. Stufe im Jahr 2000. Die Politik sei jedoch auf-gerufen, das Programm kritisch zu begleiten und die Verwaltung am Erfolg zu mes-sen.

Insgesamt halte er die von seiner Fraktion im Änderungsantrag unterbreitete Ge-bührenerhöhung für moderat. Die Kalkulationsgrundlagen der Gebührenbedarfsbe-rechnung seien aber zu überprüfen.

Ergänzend führt Herr Schlabach aus, die CDU-Fraktion erachte es als sinnvoll, die Möglichkeiten einer Einbeziehung von Sozialhilfeempfänger bei der Straßenreinigung zu prüfen.

Herr Dr. Volz unterstreicht, in der Frage des Niveaus der Reinigungsstandards und der damit für den Bürger verbundenen Gebührenbelastung sei eine politische Entscheidung zu treffen. Die Verwaltung habe dazu eine geeignete Leitlinie vorgestellt. Die beabsichtigte Leistungsverbesserung sei folgerichtig allerdings auch mit Mehrkosten verbunden. Die Einbeziehung der Ergänzungslängen sei angesichts der Tatsache, dass die Stadt Siegen einem Haushaltssicherungskonzept unterliege, unproblematisch. Einen Einsatz von Sozialhilfeempfängern im Rahmen der Straßenreinigung lehne er ab, da er mit keinem finanziellen Vorteil für die Stadt verbunden sei.

Frau Strunk bringt vor, die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN rege an, die Erziehungsmöglichkeiten zur Müllvermeidung intensiver zu nutzen.

Hinsichtlich der Gebührenkalkulation beantrage sie, den Eigenanteil der Stadt ohne Ergänzungslängen auf 10% festzuschreiben.

Herr Brune macht deutlich, die Defizite der Reinigungsleistung seien zu beheben. Das Konzept müsse als Grundlage für weitergehende Optimierungsprozesse verstanden werden. Entstehende Kosten seien aufgrund der Finanzsituation der Stadt über den Gebührenhaushalt und nicht über den allgemeinen Haushalt abzudecken.

Er weise ausdrücklich darauf hin, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion gegenüber dem Verwaltungsvorschlag eine Steigerung des städtischen Eigenanteils an den Kosten um etwa 250.000,00 DM im Jahr 2000 mit sich bringen werde.

Beschlußvorschlag (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

- I. 1. das als Anlage 1 der Vorlage beigefügte Straßenreinigungskonzept als Leitlinie.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 9 dagegen, 0 Enthaltungen

2. Die vollständige Umsetzung erfolgt stufenweise bis zum Jahr 2002. Dazu werden im Jahr 2000 anteilige Finanzmittel zur Deckung des Gesamtsachbedarfs von 400.000,00 DM in Höhe von 250.000,00 DM sowie eine Mehrstelle bereitgestellt. Der Restbetrag von 150.000,00 DM wird im Jahr 2001 bereitgestellt.
Zur Fortsetzung des Konzeptes wird ein jährlicher Sachstandsbericht vorgelegt.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 8 dagegen, 1 Enthaltung (GRÜNEN)

(BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

3. Die Kosten der Maßnahme fließen entsprechend in die Gebührenkalkulation ein.

Beratungsergebnis: 4 Stimmen dafür (SPD), 8 dagegen, 1 Enthaltung (GRÜNEN)

(BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

- II. die als Anlage 2 der Vorlage beigefügte 6. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998.

Beratungsergebnis: 13 Stimmen dagegen, 0 dafür, 0 Enthaltungen

Damit ist der Vorschlag der Verwaltung insgesamt abgelehnt.

Beschlussvorschlag (auf Antrag der CDU-Fraktion):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- I. 1. Die erste Stufe des der Vorlage als Anlage 1 beigefügten Straßenreinigungskonzeptes wird im Jahr 2000 umgesetzt.
Dazu werden im Jahr 2000 anteilige Finanzmittel zur Deckung des Gesamtsachbedarfs von 400.000,00 DM in Höhe von 250.000,00 DM sowie eine Mehrstelle bereitgestellt.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 1 dagegen (UWG), 4 Enthaltungen (SPD)

2. Ein jährlicher Sachstandsbericht zum Stand der Umsetzung des Straßenreinigungskonzeptes wird vorgelegt, der insbesondere die darin enthaltene Personalbedarfsberechnung einer Überprüfung unterzieht. Er ist Entscheidungsgrundlage für die Fortschreibung des Straßenreinigungskonzeptes.

Beratungsergebnis: 8 Stimmen dafür, 1 dagegen (UWG), 4 Enthaltungen (SPD)

3. Die Verwaltung prüft bis Mitte des Jahres 2000, inwieweit bei der Umsetzung des Straßenreinigungskonzeptes Einsatzmöglichkeiten gemäß des Konzeptes „Arbeit statt Sozialhilfe“ gegeben sind, und unterrichtet den Rat der Stadt Siegen über das Prüfungsergebnis.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen, 0 Enthaltungen

4. Die bei der Umsetzung der 1. Stufe des Straßenreinigungskonzeptes anfallenden Kosten fließen entsprechend in die Gebührekalkulation 2000 ein.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (UWG), 0 Enthaltungen

- II. die 6. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 05.01.1989 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998 auf der Grundlage der neu vorgelegten Gebührenberechnung (ohne Ergänzungslängen, unter Beibehaltung des Stadtanteils von 15,0593% bei den Straßenreinigungsgebühren bzw. von 23,4107% bei den Winterdienstgebühren und unter Berücksichtigung der nach Ziff. I. 4. in die Gebührekalkulation einfließenden Kosten bei der Umsetzung der 1. Stufe des Straßenreinigungskonzeptes).

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU), 6 dagegen, 0 Enthaltungen

- III. Die Verwaltung legt bis Mitte des Jahres 2000 in einer Verwaltungsvorlage dar, inwieweit die Grundlagen der Gebührenbedarfsberechnung (z. B. Messergebnisse für die ermittelten Grundstücks-Frontmeter, Festlegung des Berechnungsschlüssels für die einzelnen Straßen) sowie die Einstufung der Siegener Straßen bei der Straßenreinigung bzw. beim Winterdienst (Leistung durch die Stadt oder Übertragung der Reinigungspflicht an die Grundstückseigentümer) angepasst werden müssen.

Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 dagegen (UWG), 0 Enthaltungen

2. AFULE 14.12.1999

3. **Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998;
hier: 6. Änderungssatzung**

Vorlagenr. 52/99 - Vorlage 09.11.1999

Beschlußvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage beigefügte 6. Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Siegen über die Abfallbeseitigungsgebühren vom 30.12.1980 in der Fassung der 5. Änderungssatzung vom 21.12.1998 unter Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Kreistages.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. AfULE 14.12.1999

4. I. 34. Änderung des Flächennutzungsplanes im Stadtteil Weidenau
II. Vorhabenbezogener Bebauungsplan „Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen“ im Stadtteil Weidenau

Vorlagenr. 153/99 - Vorlage vom 15.11.1999

Beschlußvorschlag:

- 1.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden und aus der Bürgerschaft keine Anregungen vorgebracht wurden.
- 1.2 Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange (TÖB) wird wie folgt beschlossen:
- 1.2.1 Das Schreiben der IHK Siegen wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.2 Das Schreiben des Landesoberbergamtes NW, dortmund, wird zur Kenntnis genommen. Der redaktionelle Fehler wird im Erläuterungsbericht und in der Begründung berichtigt.
- 1.2.3 Das Schreiben der Standortverwaltung Siegen, Wehrbereichsverwaltung, wird zur Kenntnis genommen.
- 1.2.4 Die Hinweise des Wesfälischen Straßenbauamtes Siegen werden zur Kenntnis genommen.
- 1.2.5 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde bezüglich Ausgleichsbedarf / Eingriffsbilanzierung werden berücksichtigt. In der Begründung werden die Tabellen auf Seite 9 und 10 berichtigt.
- 1.2.6 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer sowie der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
- Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der RWE Energie wird so erweitert, dass es auf der ganzen Länge der südlichen Grenze des Flurstückes 405 unmittelbar angrenzt.
- 1.3 Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 1.3.1 die 34. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlage 3 zur Vorlage;
- 1.3.2 den als Anlage 5 zur Vorlage beigefügten Durchführungsvertrag zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" mit dem Vorhabenträger - Gemeinnützige Gesellschaft für Innovation und Transfer an der Universität - Gesamthochschule Siegen mbH (GIT) - abzuschließen;
- 1.3.3 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" gem. § 10 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung;
- 1.3.4 die Begründung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan "Mehrzweckgebäude und Gästehaus der GIT Siegen" laut Anlage 4 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

2. AfULE 14.12.1999

**5. Umgestaltung von Stadtplätzen;
Anregung gemäß § 24 GO NW sowie Bürgerantrag gemäß § 25 GO NW**

Herr Brune führt aus, der Haupt- und Finanzausschuss habe in seiner Sitzung 01.12.1999 die Vorlage 80/99, der eine Anregung gemäß § 24 GO NW zugrunde-lege, beraten und die Thematik an den Bauausschuss und den Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie verwiesen.

Zudem sei ein den gleichen Sachverhalt betreffender Bürgerantrag gemäß § 25 GO NW eingegangen, der in der Ratssitzung am 23.02.2000 abschließend zu entscheiden sei.

Er halte es für sinnvoll, wenn die sich die Fachausschüsse in ausreichend bemessener Frist vor der Ratssitzung mit der Angelegenheit beschäftigen würden.

Fazit:

Der Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie kommt überein, in einer Sondersitzung am 17.01.2000 gemeinsam mit dem Bauausschuss die Anregung und den Bürgerantrag zur Umgestaltung von Stadtplätzen zu beraten.

2. AfULE 14.12.1999